

Terhechte [Hrsg.]

# Verwaltungsrecht der Europäischen Union

2. Auflage



Nomos

Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte [Hrsg.]

# Verwaltungsrecht der Europäischen Union

2. Auflage

Prof. Dr. Andreas von Arnould | Prof. Dr. Dr. Ino Augsberg | Prof. Dr. Steffen Augsberg | Alexander Benecke | Dr. Fabian Blandfort | Prof. Dr. Roland Broemel | Prof. Dr. Marc Bungenberg | Evin Dalkilic | Prof. Dr. Philipp Dann | Prof. Dr. Michael Droege | Prof. Dr. Michael Fehling | Prof. Dr. Jörg Gundel | Prof. Dr. Ines Härtel | Prof. Dr. Hans Michael Heinig | Prof. Dr. Christoph Herrmann | Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem | Dr. Johan Horst | Dagmar Jantos | Prof. Dr. Heike Jochum | Prof. Dr. Gregor Kirchhof | Dr. Stefan Martini | Prof. Dr. Franz C. Mayer | Prof. Dr. Veith Mehde | Prof. Dr. Christoph Möllers | Prof. Dr. Laura Münkler | Prof. Dr. Carsten Nowak | Prof. Dr. Christoph Ohler | Prof. Dr. Arne Pilniok | Prof. Dr. Franz Reimer | Prof. Dr. Moritz Renner | Prof. Dr. Jens-Peter Schneider | Prof. Dr. Bettina Schöndorf-Haubold | Prof. Dr. Indra Spiecker genannt Döhmann | Daniel Steiner | Dr. Peter Szczekalla | Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte | Prof. Dr. Alexander Thiele | Prof. Dr. Daniel Thym | PD Dr. Timo Tohidipur | Prof. Dr. Bernhard W. Wegener | Prof. Dr. Wolfgang Weiß | Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger



**Nomos**

**Zitiervorschlag:** *Bearbeiter*, in Terhechte EU-VerwR

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3119-0

2. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort zur 2. Auflage

Gut zehn Jahre nach Erscheinen der ersten Auflage des Handbuchs „Verwaltungsrecht der EU“ ist das Werk vergriffen. Das Buch ist freundlich aufgenommen worden und konnte sich im inzwischen zunehmend gut erforschten Gebiet des europäischen Verwaltungsrechts fest etablieren. Angesichts neuer Entwicklungen auf dem Gebiet des europäischen Verwaltungsrechts, aber auch im Unionsrecht, bietet die zweite Auflage die Möglichkeit, die jeweiligen Überlegungen auf den aktuellen Stand zu bringen. Zudem ist die Konzeption des Handbuchs leicht verändert worden, insbesondere weil neue Referenzgebiete des europäischen Verwaltungsrechts mit aufgenommen wurden. Dies gilt für das Datenschutzrecht, das Wissenschaftsverwaltungsrecht, das Gesundheitsrecht sowie das Investitionsschutzrecht und damit für vier Referenzgebiete, die in den letzten Jahren beträchtliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt haben.

Die grundsätzliche Ausrichtung des Handbuchs bleibt freilich unverändert. Wie im Vorwort zur ersten Auflage unterstrichen, geht es auch weiterhin darum, für Praxis und Wissenschaft ein verlässlicher Wegweiser und Kompass für künftige Entwicklungen zu sein.

Zu danken ist wiederum dem Nomos Verlag – und hier Gisela Krausnick und Stefan Simonis – für die hervorragende Zusammenarbeit. Schließlich danke ich sehr herzlich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Lüneburg, namentlich *Johannes Bujara*, *Anna-Sophie Busse-Pietrzynski*, M.A., *Judith Crämer*, LL.M., *Evin Dalkilic*, Ass.-Prof'in. Dr. *Gesa Kübek*, LL.M., Ass. iur. *Katharina Mittrach*, *Hannes Prochno*, LL.M. und Ra'in *Ramona Tax*.

Lüneburg/Hamburg, im Oktober 2021

*Jörg Philipp Terhechte*

## Vorwort zur 1. Auflage

Das europäische Verwaltungsrecht ist inzwischen durch die Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union, verschiedene Bestimmungen in den europäischen Verträgen (EUV/AEUV) sowie durch zahlreiche Beiträge aus der Wissenschaft zu einem fest etablierten Rechtsgebiet innerhalb der Europarechtswissenschaft geformt worden. In den letzten Jahren sind in diesem Rechtsgebiet durch eine stetige Ausdifferenzierung seiner Referenzgebiete nach innen sowie durch bestimmte externe Einflüsse, die mit dem Begriff der Globalisierung umschrieben werden können, neue Fragestellungen entstanden, die für seine künftige Entwicklung von großer Bedeutung sind.

Nach innen befindet sich das europäische Verwaltungsrecht in einem Prozess der stetigen Ausdifferenzierung. Das vorliegende Handbuch verfolgt deshalb zunächst das Ziel, eine Bestandsaufnahme und Analyse der Grundlagen des Verwaltungsrechts der Europäischen Union sowie seiner zahlreichen neuen Referenzgebiete, wie zB des Internet-, Telekommunikations- oder Dienstleistungsverwaltungsrechts, zu erbringen. Zudem sind in den „tradierten“ Feldern des europäischen Verwaltungsrechts immer neue Entwicklungen zu verzeichnen, sodass etwa das Umwelt-, Steuer-, Zoll- und Wettbewerbsverwaltungsrecht ebenfalls in den Blick genommen werden müssen. Die Fragestellungen lauten hierbei: Welche referenzgebietspezifischen Problemlagen lassen sich ausmachen? Wie sind insbesondere die neuen Referenzgebiete ausgestaltet? Und welchen Einfluss üben diese Referenzgebiete auf das (allgemeine) europäische Verwaltungsrecht aus?

Die entscheidende Frage nach außen lautet, welchen Einfluss das Phänomen der Globalisierung auf das europäische Verwaltungsrecht ausübt. Wie ist es um die Öffnung des europäischen Verwaltungsraums nach außen bestellt? Welche Rolle spielt die Globalisierung in den verschiedenen Referenzgebieten des Verwaltungsrechts der Europäischen Union? Lässt sich das europäische Verwaltungsrecht gar als ein Baustein eines Internationalen Verwaltungsrechts (bzw. Global Administrative Law) – also als ein Fundus global anzutreffender gemeinsamer Regelungsansätze für den Bereich des Verwaltungsrechts – begreifen? Damit einher geht die Frage, ob eine Konzeption des europäischen Verwaltungsrechts aus der Perspektive von Referenzgebieten auch Vorbildwirkung nach außen entfalten kann.

Den so skizzierten Forschungsaufgaben will das vorliegende Handbuch sich stellen. Es will sowohl für die Praxis als auch für die Wissenschaft ein verlässlicher Wegweiser und Kompass für künftige Entwicklungen sein. Ein derart umfangreiches Projekt wäre ohne die Unterstützung von vielen Seiten nicht möglich gewesen. Die Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung, Köln hat das Gesamtprojekt mit einem großzügigen Zuschuss gefördert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter *Boglar Fazekas, Michael Gehrke, Vera Grebe, Wajma Mangal* und *Friederike Seewald* haben tatkräftige Unterstützung geleistet, wofür ihnen herzlich gedankt sei. Ein Dank gebührt schließlich dem Nomos Verlag, Baden-Baden für die hervorragende verlegerische Betreuung des Werks.

Hamburg, im Juni 2011

*Jörg Philipp Terhechte*

## Inhaltsübersicht

Vorwort zur 2. Auflage .....	5
Vorwort zur 1. Auflage .....	6
Bearbeiterverzeichnis .....	33
Abkürzungsverzeichnis .....	35

### 1. Teil:

#### Grundlagen, Abgrenzungen und Querbezüge

§ 1 Einführung: Das Verwaltungsrecht der Europäischen Union als Gegenstand rechtswissenschaftlicher Forschung – Entwicklungslinien, Prinzipien und Perspektiven ( <i>Terhechte</i> ) .....	47
§ 2 Zum Status quo des europäischen Verwaltungsrechts ( <i>von Arnould/Martini</i> ) .....	95
§ 3 Verwaltungsrecht in der Entwicklung ( <i>Hoffmann-Riem</i> ) .....	141
§ 4 Methoden des europäischen Verwaltungsrechts ( <i>I. Augsberg</i> ) .....	169
§ 5 Handlungsformen im europäischen Verwaltungsrecht ( <i>Szczekalla</i> ) .....	193
§ 6 Europäisches Verwaltungsorganisationsrecht und Vollzugsformen ( <i>S. Augsberg</i> ) .....	223
§ 7 Europäisches Verwaltungsrecht und europäisches Verfassungsrecht ( <i>Terhechte</i> ) ...	297
§ 8 Europäisches Verwaltungsrecht und nationales Verfassungsrecht ( <i>Mayer/Jantos</i> ) .....	331
§ 9 Europäisches und nationales Verwaltungsrecht ( <i>Ohler</i> ) .....	361
§ 10 Europäisches Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozessrecht ( <i>Fehling</i> ) .....	385
§ 11 Rechtsschutz im europäischen Verwaltungsrecht ( <i>Nowak</i> ) .....	453
§ 12 Europäisches Verwaltungsrecht und Grundrechte ( <i>Nowak</i> ) .....	533
§ 13 Europäische Integration und Privatisierungen ( <i>Kirchhof</i> ) .....	615

### 2. Teil:

#### Ausdifferenzierung des Verwaltungsrechts der Europäischen Union

§ 14 Funktion und Auswahl von Referenzgebieten des europäischen Verwaltungsrechts ( <i>Terhechte</i> ) .....	643
§ 15 Europäisches Wehrverwaltungsrecht ( <i>Thym</i> ) .....	655
§ 16 Europäisches Dienstleistungsverwaltungsrecht ( <i>Reimer</i> ) .....	691
§ 17 Europäisches Vergabeverwaltungsrecht ( <i>Wollenschläger</i> ) .....	731
§ 18 Europäisches Wettbewerbsverwaltungsrecht ( <i>Weiß</i> ) .....	785
§ 19 Europäisches Subventionsverwaltungsrecht ( <i>Bungenberg</i> ) .....	823
§ 20 Europäisches Energieverwaltungsrecht ( <i>Gundel</i> ) .....	869

## Inhaltsübersicht

---

§ 21	Europäisches Telekommunikationsverwaltungsrecht ( <i>Broemel</i> ) .....	937
§ 22	Europäisches Internetverwaltungsrecht ( <i>Mayer/Steiner</i> ) .....	963
§ 23	Europäisches Datenschutzverwaltungsrecht ( <i>Benecke/Spiecker gen. Döhmman</i> ) ...	997
§ 24	Europäisches Haushaltsverwaltungsrecht ( <i>Schneider</i> ) .....	1041
§ 25	Europäisches Währungsverwaltungsrecht ( <i>Thiele</i> ) .....	1065
§ 26	Europäisches Steuerverwaltungsrecht ( <i>Droege</i> ) .....	1133
§ 27	Europäisches Zollverwaltungsrecht ( <i>Jochum/Dalkilic/Terhechte</i> ) .....	1165
§ 28	Das Verwaltungsrecht der handelspolitischen Schutzinstrumente ( <i>Herrmann</i> ) .....	1185
§ 29	Export- und Importkontrollverwaltungsrecht ( <i>Bungenberg</i> ) .....	1223
§ 30	Internationales Investitionsschutzrecht und europäisches Verwaltungsrecht ( <i>Bungenberg/Blandfort</i> ) .....	1281
§ 31	Europäisches Sozialverwaltungsrecht ( <i>Heinig</i> ) .....	1305
§ 32	Europäisches Gesundheitsverwaltungsrecht ( <i>Münkler</i> ) .....	1335
§ 33	Europäisches Migrationsverwaltungsrecht ( <i>Tohidipur</i> ) .....	1379
§ 34	Europäisches Entwicklungsverwaltungsrecht ( <i>Dann</i> ) .....	1439
§ 35	Europäisches Polizei- und Sicherheitsrecht ( <i>Schöndorf-Haubold</i> ) .....	1461
§ 36	Umweltverwaltungsrecht ( <i>Wegener</i> ) .....	1567
§ 37	Europäisches Agrarverwaltungsrecht ( <i>Härtel</i> ) .....	1613
§ 38	Europäisches Wissenschaftsverwaltungsrecht ( <i>Pilniok</i> ) .....	1669
§ 39	Europäisches Dienstrecht ( <i>Mebde</i> ) .....	1695
§ 40	Europäisches Haftungsrecht ( <i>Thiele</i> ) .....	1721

### 3. Teil:

#### Globalisierung des Verwaltungsrechts der Europäischen Union

§ 41	Internationale Dimensionen des Verwaltungsrechts der Europäischen Union ( <i>Terhechte</i> ) .....	1773
§ 42	Europäisches Verwaltungsrecht und Völkerrecht ( <i>Renner/Horst</i> ) .....	1789
§ 43	Europäisches Verwaltungsrecht und WTO-Recht ( <i>Bungenberg</i> ) .....	1825
§ 44	Europäisches Verwaltungsrecht und Internationales Verwaltungsrecht ( <i>Möllers/Terhechte</i> ) .....	1843
<b>Allgemeine Literaturlauswahl</b> .....		1859
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....		1887

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage .....	5
Vorwort zur 1. Auflage .....	6
Bearbeiterverzeichnis .....	33
Abkürzungsverzeichnis .....	35

### 1. Teil:

#### Grundlagen, Abgrenzungen und Querbezüge

§ 1 Einführung: Das Verwaltungsrecht der Europäischen Union als Gegenstand rechtswissenschaftlicher Forschung – Entwicklungslinien, Prinzipien und Perspektiven .....	47
A. Einleitung .....	50
B. Das Verwaltungsrecht der Europäischen Union als Gegenstand rechtswissenschaftlicher Forschung .....	52
I. Zum Begriff des europäischen Verwaltungsrechts .....	52
II. Entwicklungslinien des europäischen Verwaltungsrechts .....	56
III. Konsolidierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	58
IV. Entwicklungen des Verwaltungsrechts in den Mitgliedstaaten der EU .....	62
V. Zur Rolle der Rechtsvergleichung .....	63
C. Prinzipien des europäischen Verwaltungsrechts .....	64
I. Trennungsprinzip und Verwaltungsvollzug .....	64
II. Vorrang und unmittelbare Anwendbarkeit des Unionsrechts .....	66
III. Allgemeine Rechtsgrundsätze .....	68
IV. Demokratische Legitimation der europäischen Verwaltung .....	69
V. Die Rolle der europäischen Grundrechte .....	71
VI. Rechtsschutz im europäischen Verwaltungsrecht .....	73
D. Ausdifferenzierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	77
I. Zum Begriff der Ausdifferenzierung .....	77
II. Erscheinungsformen der Ausdifferenzierung des Verwaltungsrechts in der Europäischen Union .....	80
III. Wirkungen und Grenzen der Ausdifferenzierung .....	84
E. Internationalisierung und Verwaltungsrecht der Europäischen Union .....	85
I. Grundlagen .....	86
II. Öffnung und Handlungsfähigkeit der Union nach außen als Gegenstand des europäischen Verwaltungsrechts .....	87
III. Grenzen der Öffnung der Union für die internationale Ebene .....	88
IV. Unionaler Gestaltungsanspruch .....	88
V. Europäisches Verwaltungsrecht und Internationales Verwaltungsrecht .....	89



## Inhaltsverzeichnis

---

E.	Zur Konzeption des „Verwaltungsrechts der EU“ .....	90
I.	Prinzipienbildung im europäischen Verwaltungsrecht .....	90
II.	Neue und alte Referenzgebiete des europäischen Verwaltungsrechts .....	90
III.	Internationalisierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	93
§ 2	<b>Zum Status quo des europäischen Verwaltungsrechts</b> .....	95
A.	Problemaufriss .....	97
B.	Verwaltungsorganisation .....	100
I.	Vertikale Dimension: direkter und indirekter Vollzug .....	100
II.	Horizontale Dimension: Verwaltungskooperation zwischen den Mitgliedstaaten .....	102
III.	Verschränkung im europäischen Verwaltungsverbund .....	104
C.	Verwaltungsverfahren .....	119
I.	Charakteristika des europäischen Verwaltungsverfahrensrechts .....	119
II.	Prinzipien des Verwaltungsverfahrens .....	123
D.	Status quo im Fluss: Dynamik und Wandel des europäischen Verwaltungsrechts .....	130
I.	Paradigmen des europäischen Verwaltungsrechts .....	130
II.	Faktoren der Entwicklung .....	132
III.	Grundlinien einer Synthese von Verfassungs- und Verwaltungsparadigma: Systembildung, Bürgerperspektive und die Herausforderung durch Krisenreaktionsrecht .....	136
§ 3	<b>Verwaltungsrecht in der Entwicklung</b> .....	141
A.	Vielschichtigkeit der Verwaltungen und des Verwaltungsrechts in Europa .....	143
B.	Europäische Einheitsbildung durch integrationsgeeignete Regulierung .....	146
C.	Ausdifferenzierung der Ansätze für die Gemeinwohlsicherung .....	150
D.	Optionenorientierung des Verwaltungsrechts .....	151
E.	Folgenorientierung des Verwaltungsrechts .....	153
F.	Regelungsstrukturen und Governance .....	154
G.	Koppelung unterschiedlicher Steuerungsansätze .....	156
H.	Legalität und Legitimation .....	159
I.	Akzentverlagerungen in der Verwaltungsrechtswissenschaft .....	160
J.	Weiterbau rechtswissenschaftlicher Lehren .....	163
§ 4	<b>Methoden des europäischen Verwaltungsrechts</b> .....	169
A.	Einleitung .....	170
B.	Die traditionell-hermeneutische Perspektive .....	172
I.	Grammatische Auslegung .....	174
II.	Historische Auslegung .....	174

---

III. Systematische Auslegung .....	175
IV. Präjudizien als „Systematik zweiter Ordnung“ .....	176
V. Teleologische Auslegung .....	176
VI. Rechtsvergleichung .....	177
VII. Rechtsfortbildung .....	178
VIII. Unionsrechtskonforme Auslegung .....	179
C. Zur Kritik der interpretationszentrierten Methodologie .....	180
I. Allgemeine Voraussetzungen einer einheitlichen juristischen Methodik .....	180
II. Besonderheiten im Verwaltungsrecht .....	181
III. Besonderheiten durch die Europäisierung der Rechtsordnungen .....	184
D. Perspektiven zur Fortentwicklung der Methodik .....	186
I. Zur funktionalen Berechtigung des teleologisch orientierten Verfahrens .....	187
II. Juristische Methodik jenseits des Auslegungsmodells .....	188
<b>§ 5 Handlungsformen im europäischen Verwaltungsrecht .....</b>	<b>193</b>
A. Begriffliche Annäherung .....	195
I. Handlungsformen .....	195
II. Rechtsformen und Bewirkungsformen .....	199
III. Europäisches Verwaltungsrecht .....	200
B. Handlungsformen des unionsunmittelbaren (direkten) Vollzugs .....	205
I. Der Beschluss als rechtsförmliche Handlungsform .....	206
II. Der Vertrag als rechtsförmliche Handlungsform .....	208
III. Förmlich unverbindliche Rechtsakte .....	210
IV. Planung .....	212
V. Realakte, schlichtes und informelles Verwaltungshandeln .....	213
VI. Handlungsformenwahlfreiheit und -missbrauchsverbot .....	214
C. Handlungsformen des mitgliedstaatlichen (indirekten) Vollzugs .....	215
I. Grundsatz: Nationales Recht und Wahlfreiheit .....	215
II. Schranken: Äquivalenz und Effektivität .....	215
III. Handlungsformengebote oder -verbote .....	216
IV. Handlungsformenmodifikationen .....	218
D. Handlungsformen der Verwaltungskooperation .....	219
E. Handlungsformen der Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union .....	219
F. Zusammenfassung und Ausblick .....	221
<b>§ 6 Europäisches Verwaltungsorganisationsrecht und Vollzugsformen .....</b>	<b>223</b>
A. Zusammenhang von Verwaltungsorganisationsrecht und Vollzugsformen .....	229
I. Begriffliche Klärungen .....	232

## Inhaltsverzeichnis

---

II. Primärrechtliche Vorstrukturierung des Organisations- und Vollzugsrechts .....	234
B. Kurze Bestandsaufnahme der Vollzugsformen und Organisationsregime .....	238
I. Indirekter Vollzug – Unionsverwaltungsrecht und nationale Verwaltungsrechtsordnungen .....	239
II. Direkter Vollzug – Eigenverwaltungsrecht .....	249
III. Zwischenbilanz .....	265
C. Von der dualistischen Vollzugsordnung zum kompensatorisch-kooperativen Verwaltungsverbund .....	266
I. Bestehende und emergente Kooperationsformen .....	268
II. Probleme der Legitimation, Transparenz und Verantwortungsklarheit .....	290
III. Weiterentwicklungen .....	291
D. Fazit und Ausblick: Plurales Organisationsrecht als Wettbewerbsordnung .....	293
<b>§ 7 Europäisches Verwaltungsrecht und europäisches Verfassungsrecht .....</b>	<b>297</b>
A. Einleitung .....	299
B. Europäisches Verfassungsrecht als Kategorie des Unionsrechts .....	302
C. Der Vorrang des europäischen Verfassungsrechts .....	303
D. Die unionsverfassungsrechtlichen Vorgaben für das europäische Verwaltungsrecht .....	304
I. Europäisches Verwaltungsrecht und Integrationsprogramm .....	304
II. Die Rolle der allgemeinen Rechtsgrundsätze .....	305
III. Vollzug als Aufgabe der Mitgliedstaaten .....	305
IV. Die Rolle der Unionsorgane .....	306
V. Vollzugsprinzipien und europäisches Verfassungsrecht .....	309
VI. Steuerung des Verwaltungsvollzugs durch das europäische Verfassungsrecht ...	317
VII. Vom Trennungs- zum Kooperationsprinzip .....	321
E. Verfassungsrechtliche Vorgaben und Grenzen für die Ausdifferenzierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	321
I. Verfassungsrechtliche Ausgangslage – Die Unionskompetenzen nach Lissabon .....	322
II. Wandel der Referenzgebiete? .....	323
III. Grenzen der Ausdifferenzierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	325
F. Europäisches Verwaltungsrecht und völkerrechtliche Nebenverfassungen .....	326
I. Rolle des EMRK-Rechts .....	327
II. Rolle des WTO-Rechts .....	328
G. Fazit .....	329

---

<b>§ 8</b>	<b>Europäisches Verwaltungsrecht und nationales Verfassungsrecht</b>	331
A.	Einleitung	333
B.	Europäisches Verwaltungsrecht – Begriffsklärung	334
C.	Anfragen des nationalen Verfassungsrechts an das Europarecht	335
I.	Gestaltvorgaben	336
II.	Grenzen der Überformung	336
III.	Konkretisierung der materiellen verfassungsrechtlichen Vorgaben durch mitgliedstaatliche Gerichte	337
IV.	Zwischenergebnis	345
D.	Antworten des Europarechts	345
I.	Kurze Antwort: Vorrang des Europarechts vor nationalem Verfassungsrecht	346
II.	Differenzierte Antwort: Verfassungsgehalte des europäischen Verwaltungsrechts	348
III.	Grenzen des Vorrangs?	354
IV.	Verfahrensaspekte	355
V.	Entstehung eines EU-Verwaltungsverfahrensrechts	359
E.	Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	359
<b>§ 9</b>	<b>Europäisches und nationales Verwaltungsrecht</b>	361
A.	Völkerrecht als Auffangordnung im europäischen Verwaltungsverbund	362
I.	Territoriale Eigenverantwortung und Gebietshoheit	363
II.	Prinzipien der behördlichen Zusammenarbeit	366
B.	Primärrechtliche Modifikationen	368
I.	Grundsatz der Zusammenarbeit	368
II.	Herkunftslandprinzip und Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung	369
III.	Effektivitäts- und Äquivalenzprinzip	371
C.	Vertikaler Verwaltungsverbund zwischen EU und Mitgliedstaaten	372
I.	Organisationsrechtliche Gestaltungsfreiheit des europäischen Gesetzgebers	372
II.	Folgen für den Trennungsgrundsatz	372
III.	Anwendbares Recht	374
D.	Horizontaler Verwaltungsverbund zwischen den Mitgliedstaaten	375
I.	Internationale Zuständigkeit	375
II.	Transnationale Verwaltungsakte	376
III.	Anwendbares Recht bei grenzüberschreitender Verwaltungskooperation	380
IV.	Amtshilfe	380
V.	Vor-Ort-Kontrollen	382
VI.	Gemischte Behörden	382
E.	Territoriale Erweiterung des „öffentlichen Interesses“	383

Inhaltsverzeichnis

---

<b>§ 10 Europäisches Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozessrecht</b> .....	385
A. Überblick .....	387
I. Einführung .....	387
II. Historische Entwicklung .....	388
III. „Administrative Justice“ durch Verwaltungsverfahren und (verfahrensbezogenen) Rechtsschutz .....	390
B. Verwaltungsverfahren .....	392
I. Verfahrensgrundsätze europäischer Verwaltung .....	392
II. Vollzugsformen und Verfahrenstypen .....	411
III. Verfahrenskonzepte und -funktionen .....	422
C. Querbezüge zum Verwaltungsprozess .....	429
I. Der funktionale Zusammenhang zwischen europäischem Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz vor den (Unions-)Gerichten .....	429
II. Verwaltungsprozessuale Regelungen im allgemeinen Rechtsschutzsystem des AEUV .....	431
D. Ausdifferenzierung im europäischen Verwaltungsverfahren- und -prozessrecht .....	437
I. Ausdifferenzierung des Verwaltungsverfahrensrechts durch die Begegnung verschiedener (Teil-)Rechtsordnungen .....	437
II. Ausdifferenzierung von verwaltungsrechtlichem Rechtsschutz in der Europäischen Union durch Instanzenzug und Fachgerichte .....	441
E. Globalisierung: Europäisches Verwaltungsverfahren- und -prozessrecht in der internationalen Vernetzung .....	442
I. „Good Governance“ und „Accountability“ als breitere, international anschlussfähige Konzepte auch für die Verwaltung und ihre Kontrolle .....	442
II. Die Bedeutung europäischer Verfahrens- und Kontrollstandards bei internationalen Sachverhalten am Beispiel der UN-gesteuerten Sanktionsverfahren .....	444
F. Ausblick .....	451
<b>§ 11 Rechtsschutz im europäischen Verwaltungsrecht</b> .....	453
A. Einführung .....	458
B. Unionsverfassungsrechtliche Vorgaben für die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes im europäischen Verwaltungsrecht .....	460
I. Gerichtliche Kontrollmöglichkeiten als Kern der Rechtsgemeinschaft bzw. als Wesensmerkmal der Rechtsunion und der Rechtsstaatlichkeit .....	461
II. Justizielle und prozessuale Unionsgrundrechte und Grundsätze .....	462
III. Grundfreiheitliche Rechtsschutzansprüche .....	463
IV. Rechtsschutzaufträge mitgliedstaatlicher Gerichte und der Mitgliedstaaten aus Art. 4 Abs. 3 EUV (ex Art. 10 EGV) und aus Art. 19 Abs. 1 Unterabs. 2 EUV .....	465
C. Überblick über das arbeitsteilige System der Unionsgerichtsbarkeit und über das EU-Rechtsschutzsystem .....	466
I. Das arbeitsteilige System der Unionsgerichtsbarkeit .....	466

---

II. Verwaltungsrechtsrelevante Klage- und Verfahrensarten im Rechtsschutzsystem der EU .....	477
III. Der EuGH als „gesetzlicher Richter“ iSd Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG .....	509
D. Rechtsschutzebenen im europäischen Eigenverwaltungsrecht .....	511
I. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz .....	511
II. Verwaltungsverfahrenrechtlicher Rechtsschutz .....	515
III. Verhältnis zwischen dem verwaltungsverfahrenrechtlichen und dem verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz .....	522
E. Unionsrechtliche Einflussnahmen auf den verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz vor mitgliedstaatlichen Gerichten .....	523
I. Der Grundsatz der verfahrensmäßigen Autonomie der Mitgliedstaaten .....	523
II. Relativierung der mitgliedstaatlichen Verfahrenautonomie durch die fortschreitende Schaffung sekundärrechtlicher Rechtsschutzansprüche und Rechtsschutzgewährleistungsaufträge .....	524
III. Die Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität sowie Unionsgrundrechte als maßgebliche Schranken der mitgliedstaatlichen Verfahrenautonomie .....	528
<b>§ 12 Europäisches Verwaltungsrecht und Grundrechte .....</b>	<b>533</b>
A. Einführung .....	537
B. Entwicklung und Grundlagen des Grundrechtsschutzes in der EU .....	539
I. Entwicklung ungeschriebener Gemeinschafts- bzw. Unionsgrundrechte in der Grundrechtsrechtsprechung des Gerichtshofs .....	540
II. Entstehung und Bedeutung der EU-Grundrechtecharta .....	541
III. Bedeutung und Zukunft der EMRK im Grundrechtssystem der EU .....	544
IV. Gründung, Aufgaben und Bedeutung der EU-Grundrechteagentur .....	546
C. Bedeutung und Reichweite des Unionsgrundrechts auf effektiven Rechtsschutz im europäischen Verwaltungsrecht .....	547
I. Anerkennung in der Grundrechtsrechtsprechung des Gerichtshofs .....	547
II. Kodifizierung in Art. 47 der EU-Grundrechtecharta .....	548
III. Bedeutsame Kern- und Teilgewährleistungen .....	549
IV. Schrankensystematik des Unionsgrundrechts auf effektiven Rechtsschutz .....	563
D. Pluralität komplementärer unionsverfassungsrechtlicher Verfahrensgrundrechte und Verteidigungsrechte .....	566
I. Geltung und Bedeutung ausgewählter unionsverfassungsrechtlicher Verfahrensgrundrechte und Verfahrensgarantien .....	568
II. Geltung und Bedeutung anderer ausgewählter unionsverfassungsrechtlicher Verteidigungsrechte .....	576
III. Verwaltungsrechtliche Relevanz weiterer Unionsgrundrechte und rechtsstaatlicher Unionsgrundsätze .....	585
E. Träger und Adressaten der Unionsgrundrechte .....	598
I. Grundrechtsberechtigte bzw. Grundrechtsträger .....	598

Inhaltsverzeichnis

---

II. Grundrechtsadressaten bzw. Grundrechtsverpflichtete .....	604
<b>§ 13 Europäische Integration und Privatisierungen .....</b>	<b>615</b>
A. Der Wert öffentlich-rechtlicher Bindungen und die prägende Kraft des Privatisierungsbegriffs .....	616
B. Die Frage nach einem System der Privatisierung .....	620
I. Keine anerkannte Ordnung .....	620
II. Dreizehn Formen der Privatisierung? .....	622
III. „Privatisierungen“, die nicht privatisieren .....	623
IV. Die Verantwortung der öffentlichen Hand .....	626
C. Fünf Formen der Privatisierung .....	628
I. Privatisierung der Handlungsform .....	628
II. Privatisierung der Organisationsform .....	629
III. Privatisierung der ausführenden Hand .....	631
IV. Privatisierung der Aufgabe .....	633
V. Privatisierung der Verantwortung .....	635
D. Privatisierungen und das Recht der europäischen Integration .....	635
I. Privatisierungsdruck und Privatisierungsgrenzen .....	635
II. Reichweite des demokratischen Aufgabenvorbehalts .....	636
III. Freiheitliche Privatisierung und öffentliche Verantwortung .....	637
E. Rechtsfolgen der Privatisierung .....	637

**2. Teil:**

**Ausdifferenzierung des Verwaltungsrechts der Europäischen Union**

<b>§ 14 Funktion und Auswahl von Referenzgebieten des europäischen Verwaltungsrechts .....</b>	<b>643</b>
A. Allgemeines .....	644
B. Rechtsgebiete des Unionsrechts als Bezugsrahmen .....	645
C. Aufgaben von Referenzgebieten .....	646
D. Auswahlparameter .....	648
I. Repräsentationsfunktion .....	650
II. Innovationspotentiale und Dynamik .....	650
III. Interessenkonstellationen .....	651
IV. Institutionelle Unterfütterung .....	652
V. Weitere Faktoren .....	653
E. Referenzgebiete und Besonderer Teil des europäischen Verwaltungsrechts .....	653
F. Referenzgebiete im internationalen Verwaltungsrecht .....	654

---

<b>§ 15 Europäisches Wehrverwaltungsrecht</b> .....	655
A. Grundlegung .....	656
I. Vorbemerkung .....	656
II. Verfassungsrechtlicher Rahmen .....	657
III. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik .....	661
B. Entwicklungsstand europäischen Wehrverwaltungsrechts .....	663
I. Organisation der nationalen Streitkräfte .....	663
II. Verbesserung der militärischen Fähigkeiten .....	669
III. Planung und Durchführung von GSVP-Missionen .....	675
IV. Kontrolle .....	679
C. Perspektiven und Ausblick .....	687
I. Internationale Kooperation .....	687
II. Fazit .....	689
<b>§ 16 Europäisches Dienstleistungsverwaltungsrecht</b> .....	691
A. Grundlegung .....	692
I. Einleitung .....	692
II. Eingrenzung des Betrachtungsgegenstands .....	692
III. Entwicklungsschichten des europäischen Dienstleistungsverwaltungsrechts .....	694
IV. Sozioökonomische Bedeutung der Dienstleistungen .....	713
B. Stand und Strukturen des europäischen Dienstleistungsverwaltungsrechts .....	714
I. Kompetenzen .....	714
II. Regelungsziele und Leitbilder .....	715
III. Strukturelemente und Regelungsmuster .....	719
IV. Tendenzen und Kritik .....	727
C. Perspektiven und Ausblick .....	728
I. Ausdifferenzierung .....	728
II. Globalisierung? .....	729
III. Zusammenfassung und Entwicklungsperspektiven .....	730
<b>§ 17 Europäisches Vergabeverwaltungsrecht</b> .....	731
A. Einführung .....	733
B. Strukturen des Europäischen Vergabeverwaltungsrechts .....	733
I. Die Vielschichtigkeit des Europäischen Vergabeverwaltungsrechts .....	733
II. Regelungsanliegen .....	734
III. Regelungsrahmen .....	734
IV. Regelungsanspruch .....	745
V. Regelungsgehalt .....	754



Inhaltsverzeichnis

---

C. Die Bedeutung des Europäischen Vergabeverwaltungsrechts für die Herausbildung eines europäischen Verwaltungsrechts .....	771
I. Der Funktionswandel des Europäischen Vergabeverwaltungsrechts am Übergang von einem Erfüllungs- zu einem Gewährleistungsstaat .....	771
II. Das Europäische Vergabeverwaltungsrecht im Prozess der Ausdifferenzierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	773
III. Das Europäische Vergabeverwaltungsrecht im Prozess der Europäisierung der nationalen Verwaltungsrechtsordnungen .....	774
IV. Das Europäische Vergabeverwaltungsrecht im Prozess der Herausbildung eines Europäischen Verwaltungsverbunds .....	778
D. Das Europäische Vergabeverwaltungsrecht im Prozess der Globalisierung .....	779
I. Der internationale Rechtsrahmen der staatlichen Beschaffungstätigkeit .....	779
II. Die Internationalisierung des Vergabeverwaltungsrechts der Europäischen Union .....	782
<b>§ 18 Europäisches Wettbewerbsverwaltungsrecht .....</b>	<b>785</b>
A. Einleitung: Das europäische Wettbewerbsverwaltungsrecht vor neuen Herausforderungen .....	787
B. Normative Grundlagen .....	788
I. Primärrecht .....	788
II. Sekundärrecht .....	789
III. „Verhaltensnormen“ in Form von Soft law .....	790
C. Verfahrensgrundsätze des EU-Kartellverfahrens .....	790
I. Opportunitätsgrundsatz .....	791
II. Offizialmaxime .....	792
III. Amtsermittlungsgrundsatz .....	792
IV. Effektivität, Dezentralität und Kooperativität .....	793
V. Faires Verfahren: Wahrung der Rechte der Beteiligten .....	794
VI. Begründungspflicht .....	794
VII. Verantwortlichkeit: Transparenz, Richterliche Kontrolle .....	795
D. Handlungsformen des Kartellrechts .....	797
E. Befugnisse der Kartellbehörden bei der Anwendung des EU-Kartellrechts .....	798
I. Befugnisse der nationalen Behörden .....	798
II. Befugnisse der Kommission .....	799
F. Funktionsweise des ECN: Ein Überblick .....	802
I. Sinn des Netzwerks .....	802
II. Kooperation der Behörden .....	803
III. Rolle der Kommission .....	806

---

G. Probleme des Netzwerks .....	807
I. Fallverteilung und Eintrittsrecht der Kommission .....	807
II. Behördenkooperation und Grundrechtsschutz: zu Art. 12 VO 1/2003 .....	809
III. Bindungswirkung nationaler Entscheidungen: zur fehlenden Transnationalität .....	814
IV. Ne bis in idem .....	815
H. Das Kartellverfahrensrecht im Kontext der Ausdifferenzierung und Internationalisierung .....	816
I. Zur Übertragbarkeit und Verallgemeinerungsfähigkeit des ECN-Modells .....	816
II. Die Internationalisierung des Kartell(verfahrens)rechts .....	821
I. Schlussbemerkung und Ausblick .....	822
<b>§ 19 Europäisches Subventionsverwaltungsrecht .....</b>	<b>823</b>
A. Einführung – Grundsätzliche und aktuelle Problemsituationen .....	826
I. Beihilfenrecht als Bestandteil eines marktwirtschaftlichen Regelungsrahmens ..	826
II. Beihilfenvolumina und Beihilfengewährung in und nach der Wirtschaftskrise .....	827
III. Zum Gang der weiteren Untersuchung .....	830
B. Strukturen des Europäischen Subventionsverwaltungsrechts .....	831
I. Vielschichtigkeit und Dynamik als Charakteristika des Europäischen Subventionsverwaltungsrechts .....	831
II. Ziele der Subventionsregulierung im Überblick .....	832
III. Sinn und Zweck der unionalen Beihilfenregelungen .....	832
IV. Regelungsrahmen .....	834
C. Die Bedeutung des Europäischen Subventionsverwaltungsrechts für die Herausbildung eines europäischen Verwaltungsrechts .....	857
I. Funktionswandel des Europäischen Subventionsverwaltungsrechts .....	857
II. Das Europäische Subventionsverwaltungsrecht im Prozess der Ausdifferenzierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	860
III. Das Europäische Subventionsverwaltungsrecht im Prozess der Europäisierung der nationalen Verwaltungsrechtsordnungen .....	861
D. Das Europäische Subventionsvergaberecht im Prozess der Globalisierung .....	863
I. Die Bedeutung des internationalen Rechtsrahmens der staatlichen und europäischen Subventionsvergabe .....	863
II. Globalisierung, Systemwettbewerb und Subventionsvergabe .....	868
<b>§ 20 Europäisches Energieverwaltungsrecht .....</b>	<b>869</b>
A. Einleitung: Die Entstehung eines europäischen Energieverwaltungsrechts .....	871
I. Die späte Entwicklung einer europäischen Energiepolitik .....	871
II. Die Etablierung des Energie-Binnenmarktes seit 1996 .....	875

## Inhaltsverzeichnis

---

III. Die Entwicklung des europäischen Energie-Umweltverwaltungsrechts .....	877
B. Ziele, Rechtsgrundlagen und Instrumente des europäischen Energieverwaltungsrechts .....	879
I. Herausforderungen und Ziele .....	879
II. Rechtsgrundlagen .....	882
III. Instrumente und Handlungsebenen .....	887
C. Die Entwicklung des Energie-Binnenmarktverwaltungsrechts: Schrittweiser Ausbau der Regulierung(-svorgaben) .....	892
I. Die Entwicklung der Anforderungen an das nationale Energieverwaltungsrecht .....	892
II. Die Lösungsansätze des Beschleunigungspakets (2003) .....	893
III. Die Neugestaltung durch das „dritte Binnenmarktpaket“ .....	898
IV. Die besondere Rolle der Versorgungssicherheit .....	908
V. Der jüngste Stand: Energieunion und Clean Energy Package .....	909
D. Europäisches Energie-Umweltverwaltungsrecht .....	914
I. Die rasche Entwicklung eines neuen Rechtsgebiets .....	914
II. Die Anfänge: Förderprogramme der Gemeinschaft .....	916
III. Die EU als Vorreiter für den völkervertraglichen Klimaschutz: Der Fall des Emissionsrechtehandels .....	917
IV. Die Förderung erneuerbarer Energien: Ein Rückzugsgebiet nationalstaatlicher Lösungen .....	920
V. Energieeffizienz-Vorgaben zwischen Umweltschutz und Binnenmarkt .....	923
E. Die Internationalisierung des europäischen Energieverwaltungsrechts .....	926
I. Die Notwendigkeit der Internationalisierung .....	926
II. Die Außendimension des Energie-Binnenmarktrechts .....	928
III. Die internationale Einbettung des europäischen Energie-Umweltrechts .....	933
F. Ergebnisse .....	935
<b>§ 21 Europäisches Telekommunikationsverwaltungsrecht .....</b>	<b>937</b>
A. Telekommunikationsverwaltungsrecht als Ausdruck europäischer Marktgestaltung .....	938
B. Marktregulierung .....	939
I. Sektorspezifische Marktsituation .....	939
II. Konzeption der Marktregulierung .....	940
III. Roaming .....	950
IV. Frequenzen .....	951
C. Netzneutralität und offenes Internet .....	956
I. Grundsatz der Netzneutralität .....	956
II. Zulässige Priorisierungen .....	958

---

D. Universaldienst und Verbraucherschutz .....	959
I. Universaldienstregime .....	959
II. Verbraucherschutz .....	960
E. Ausblick .....	961
<b>§ 22 Europäisches Internetverwaltungsrecht .....</b>	<b>963</b>
1. Teil: Grundlegung .....	963
A. Einleitung .....	963
B. Die Natur des Internet .....	964
C. Internetrecht und Internetverwaltungsrecht .....	965
2. Teil: Internetverwaltungsrecht als Mehrebenenrecht .....	966
A. Europäisches Internetverwaltungsrecht .....	967
I. Primärrechtliche Vorgaben .....	967
II. Sekundärrecht im Bereich des Internetverwaltungsrechts .....	976
III. Absprachen .....	982
IV. Zwischenergebnis .....	985
B. Die Hintergrundfolie der nationalen Regelungsebene .....	985
C. Hintergrundfolie internationale und globale Regelungsebene .....	990
I. Formelle Ansätze: Konventionen und Internationale Organisationen .....	990
II. Informelle Ansätze: ISOC, ICANN .....	992
3. Teil: Zusammenfassung und Schlussbetrachtung .....	993
<b>§ 23 Europäisches Datenschutzverwaltungsrecht .....</b>	<b>997</b>
A. Grundlegungen .....	999
I. Einleitung .....	999
II. Geschichte .....	1000
B. Das Europäische Datenschutzrecht .....	1004
I. Zum Stand der rechtswissenschaftlichen Auseinandersetzung .....	1004
II. Primärrechtliche Ebene .....	1005
III. Kompetenzgrundlagen .....	1008
IV. Sekundärrechtliche Ebene .....	1008
V. Grundprinzipien des Datenschutzrechts der Gegenwart .....	1010
VI. Vollzugsstrukturen .....	1024
VII. Rechtsschutz .....	1032
C. Perspektiven und Ausblick .....	1036
I. Reformansätze .....	1036
II. Herausforderungen .....	1037

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>§ 24 Europäisches Haushaltsverwaltungsrecht</b> .....	1041
A. Grundlegung .....	1041
I. Einleitung .....	1041
II. Begriffliche Eingrenzung .....	1042
III. Historische Entwicklungslinien .....	1043
IV. Ökonomische Hintergründe .....	1044
B. Zum gegenwärtigen Stand des Haushaltsverwaltungsrechts .....	1045
I. Normative Ausgestaltung und Einbettung .....	1045
II. Haushaltsvollzug als spezielle Verwaltungskompetenz .....	1046
III. Haushaltsvollzugsmodelle im Überblick .....	1049
IV. Direkte Mittelverwaltung durch die Kommission als Leitmodell .....	1050
V. Mittelbare direkte Mittelverwaltung durch Exekutivagenturen .....	1058
VI. Geteilte Mittelverwaltung durch Kommission und Mitgliedstaaten .....	1059
VII. Indirekte Mittelverwaltung durch die Kommission im Zusammenwirken mit Dritten .....	1062
C. Perspektiven und Ausblick .....	1063
<b>§ 25 Europäisches Währungsverwaltungsrecht</b> .....	1065
A. Europäisches Währungsverwaltungsrecht als besonderes Referenzgebiet .....	1069
I. Die Entdeckung des Währungsverwaltungsrechts .....	1069
II. Historische Entwicklung .....	1072
B. Die institutionelle Struktur des ESZB und des Eurosystems .....	1081
I. Die Elemente des ESZB und des Eurosystems .....	1081
II. Die EZB als zentraler Akteur des ESZB/Eurosystems .....	1083
III. Die nationalen Zentralbanken .....	1101
IV. Das ESZB und Eurosystem als zentralistisch-hierarchische Verbund- und Ver- antwortungsstruktur .....	1105
C. Aufgaben und geldpolitische Instrumente und Handlungsformen des ESZB .....	1107
I. Aufgaben .....	1107
II. (Geldpolitische) Instrumente und Handlungsformen der EZB .....	1117
III. Anhörungs- und Beratungsrechte nach Art. 127 Abs. 4 AEUV/282 Abs. 5 AEUV .....	1131
D. Fazit und Ausblick .....	1131
<b>§ 26 Europäisches Steuerverwaltungsrecht</b> .....	1133
A. Einleitung .....	1135
B. Kernstrukturen im europäischen Steuerverwaltungsrecht .....	1138
I. Stützung der Zollunion und Harmonisierung der indirekten Steuern .....	1138
II. Koordinierung der direkten Steuern .....	1142

---

III. Grundfreiheiten im europäischen Steuerrechtsraum .....	1144
IV. Grundrechte im Europäischen Steuerrechtsraum .....	1151
V. Steuerrecht und Beihilfeverbot .....	1153
VI. Zur Europäisierung im internationalen Steuerrecht .....	1156
VII. Der europäische Verbund der mitgliedstaatlichen Steuerverwaltungen .....	1159
C. Das europäische Steuerverwaltungsrecht im globalen Steuerwettbewerb .....	1162
<b>§ 27 Europäisches Zollverwaltungsrecht .....</b>	<b>1165</b>
A. Grundsätzliches .....	1166
I. Historische und ökonomische Hintergründe des Europäischen Zollverwaltungsrechts .....	1166
II. Rechtsquellen des Europäischen Zollverwaltungsrechts .....	1167
III. Zollverwaltungsrechtliche Regelungsstrukturen .....	1168
IV. Ausblick .....	1170
B. Besonderheiten des Gebiets .....	1171
I. Zollamtliche Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs (Art. 134 UZK) .....	1171
II. Verfahren der Beförderungsüberwachung (Art. 4 Nr. 16 lit. b, c UZK) .....	1172
III. Zollverfahren .....	1172
IV. Zwischenergebnis .....	1176
C. Zunehmende Relevanz und dogmatische Erneuerung des Europäischen Zollverwaltungsrechts .....	1177
I. Auf dem Weg zu einem modernen und vereinfachten Europäischen Zollverwaltungsrecht .....	1177
II. Zwischenergebnis .....	1179
D. Konsequenzen der dogmatischen Erneuerung des Europäischen Zollverwaltungsrechts .....	1180
I. Einfluss der Globalisierung auf das Europäische Zollverwaltungsrecht .....	1180
II. Verallgemeinerungsfähigkeit rechtsdogmatischer Neuerungen .....	1183
<b>§ 28 Das Verwaltungsrecht der handelspolitischen Schutzinstrumente .....</b>	<b>1185</b>
A. Grundlegung .....	1189
I. Einleitung .....	1189
II. Begriffsklärung .....	1190
III. Historische Entwicklung .....	1191
IV. Ökonomischer Hintergrund .....	1196
B. Zum gegenwärtigen Stand des Rechts der handelspolitischen Schutzinstrumente .....	1197
I. Primärrechtliche Grundlagen .....	1197
II. Wirtschaftsvölkerrechtliche Vorgaben .....	1199

Inhaltsverzeichnis

---

III. Grundzüge der sekundärrechtlichen Regelungen .....	1200
IV. Vollzugsstrukturen .....	1211
V. Rechtsschutz .....	1215
C. Perspektiven und Ausblick .....	1217
I. Einwirkung der Globalisierung .....	1217
II. Reformbedarf und Perspektiven auf WTO-Ebene .....	1218
III. Reformprozess, Perspektiven und aktuelle Herausforderungen auf EU- Ebene .....	1219
IV. Schluss .....	1221
<b>§ 29 Export- und Importkontrollverwaltungsrecht .....</b>	<b>1223</b>
A. Grundlegung .....	1228
I. Einleitung .....	1228
II. Steuerungsmechanismen des Ein- und Ausfuhrverwaltungsrechts .....	1231
B. Strukturen und Rechtsquellen des Europäischen Außenwirt- schafts(verwaltungs)rechts .....	1232
I. Primärrechtliche Grundlagen .....	1232
II. Wirtschaftsvölkerrechtliche Vorgaben .....	1234
III. Grundzüge der wichtigsten sekundärrechtlichen Regelungen .....	1236
C. Kooperation zwischen Mitgliedstaaten und Union und Verwaltungsvollzug .....	1274
I. Ausschließliche Unionskompetenz und Delegation .....	1274
II. Vollzug des Im- und Exportverwaltungsrechts .....	1275
III. Mitgliedstaatliche Verfahrensautonomie beim indirekten Vollzug und unions- rechtliche Vollzugsvorgaben .....	1276
D. Europäisches „Außenwirtschaftsverwaltungsrecht“ im Prozess der Globalisierung ..	1278
<b>§ 30 Internationales Investitionsschutzrecht und europäisches Verwaltungsrecht .....</b>	<b>1281</b>
A. Einleitung .....	1284
I. Internationales Investitionsschutzrecht in der öffentlichen Wahrnehmung .....	1284
II. Überblick über Berührungspunkte zwischen IIAs und europäischem Recht .....	1286
B. Investitionsschutz im Rahmen der Gemeinsamen Handelspolitik .....	1288
I. Primärrechtliche Ausweitung durch den Vertrag von Lissabon .....	1288
II. Vertragliche Handelspolitik .....	1290
III. Autonome Handelspolitik: Investment Screening und mitgliedstaatliches Ver- waltungsverfahren .....	1291
C. Materielles (mitgliedstaatliches) Investitionsschutzrecht und EU-Verwaltungs- recht .....	1293
I. Relevante Schutzstandards .....	1293
II. Fair and Equitable Treatment Standard .....	1294

---

III. Indirekte Enteignungen .....	1298
IV. Inländergleichbehandlung und Meistbegünstigung .....	1299
V. Schirmklauseln (Umbrella Clauses): Pflichten aus Investor-Staat-Verträgen und europäisches Vergaberecht .....	1299
D. Prozedurales Investitionsschutzrecht und EU-Verwaltungsrecht .....	1301
I. Primärrechtliche Beschränkungen des ISDS bei Extra-EU BITs und ECT-Ver- fahren durch das Achmea-Urteil? .....	1301
II. EU-Verwaltungsrecht als anwendbares Recht in Schiedsverfahren .....	1302
E. Bewertung und Ausblick .....	1303
<b>§ 31 Europäisches Sozialverwaltungsrecht .....</b>	<b>1305</b>
A. Einführung, Grundlegung, Synthese .....	1307
I. Begriffliche Klärungen .....	1307
II. Europäisches Sozialrecht als primärrechtlich dominiertes, in sich disparates Verwaltungsrecht: Rahmenbedingungen und Forschungsperspektiven .....	1309
III. Statik und Dynamik im sozialrechtlichen Kompetenzgefüge zwischen Union und Mitgliedstaaten .....	1312
B. Permeabilität und Portabilität als Grundprinzipien des materiellen Sozialrechts der EU .....	1314
I. Entfaltung und Einordnung .....	1314
II. Grundbestimmungen des Koordinationssozialrechts .....	1315
III. Waren- und Dienstleistungsfreiheit bei sozialen Leistungen .....	1319
IV. Freizügigkeitssicherung durch gleichen Zugang zu sozialen Vergünstigungen: Art. 7 II VO 492/2011 .....	1323
V. Teilhabeansprüche an steuerfinanzierten Sozialleistungen in den Mitgliedstaa- ten aus dem Unionsbürgerstatus (Art. 21 iVm Art. 18 AEUV) .....	1324
C. Bürgerfreundlichkeit und Effektivität: das Koordinations- als Verwaltungsorganisa- tions- und -verfahrensrecht .....	1329
D. Der Europäische Sozialfonds: Leistungs- als Verbundverwaltung .....	1330
E. Wettbewerbs- und vergaberechtliche Aspekte .....	1331
<b>§ 32 Europäisches Gesundheitsverwaltungsrecht .....</b>	<b>1335</b>
A. Einleitung, Begriffsbestimmung, Grundlagen .....	1338
I. Begriffsbestimmung „Europäisches Gesundheitsverwaltungsrecht“ .....	1339
II. Gesundheitsschutz als Querschnittsaufgabe .....	1341
III. Zielsetzungen des europäischen Gesundheitsverwaltungsrechts .....	1342
B. Entwicklung des europäischen Gesundheitsverwaltungsrechts .....	1343
I. Historische Entwicklungslinien .....	1343
II. Emanzipation des europäischen Gesundheitsverwaltungsrechts vom Binnen- marktrecht .....	1347



Inhaltsverzeichnis

---

C. Fokusse des europäischen Gesundheitsverwaltungsrechts .....	1350
I. Schutz von öffentlicher statt individueller Gesundheit – Public Health als Fokus .....	1350
II. Ausrichtung des europäischen Gesundheitsverwaltungsrechts auf Prävention- und Gefahrenabwehr .....	1351
III. Kooperativer Gesundheitsschutz .....	1356
IV. Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung .....	1357
V. E-Health .....	1361
D. Modi des europäischen Gesundheitsverwaltungsrechts .....	1362
I. Harmonisierung und Koordinierung im europäischen Gesundheitsverwaltungsrecht .....	1362
II. Einwirkungen des Primärrechts auf die nationalen Gesundheitssysteme .....	1363
III. New modes of governance im europäischen Gesundheitsverwaltungsrecht .....	1371
E. Das europäische Gesundheitsverwaltungsrecht als Referenzgebiet des europäischen Verwaltungsrechts .....	1376
<b>§ 33 Europäisches Migrationsverwaltungsrecht .....</b>	<b>1379</b>
A. Grundlegung .....	1383
I. Begriffliches: Einwanderung, Flucht, Asyl, Migration .....	1384
II. Statusfragen: Unionsbürger, Assoziierte und Drittstaatler .....	1386
III. Migration im Kontext: Ökonomie, Entwicklungskooperation und Sicherheit ...	1387
B. Migration als Steuerungsbereich der EU .....	1392
I. Migrationskonzept der EU .....	1392
II. Externalisierung .....	1395
III. Grenzsicherungspolitik .....	1397
IV. Rechtsrahmen – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts .....	1398
V. Institutionelle Ausgestaltung .....	1405
C. Ausdifferenzierung des Europäischen Migrationsverwaltungsrechts im engeren Sinne .....	1410
I. Binnenwanderung – Unionsbürgerschaft und (Arbeits-)Migration .....	1410
II. Migration aus Drittstaaten .....	1413
III. Zur irregulären Migration .....	1433
IV. Rechtsschutz .....	1434
D. Perspektiven und Tendenzen .....	1437
<b>§ 34 Europäisches Entwicklungsverwaltungsrecht .....</b>	<b>1439</b>
A. Einleitung .....	1439
B. Grundlagen .....	1440
I. Konturen .....	1440

---

II. Historische Entwicklung .....	1441
III. Rechtsgrundlagen und finanzielle Dimensionen .....	1444
C. Dogmatische Strukturen .....	1447
I. Ziele und materielle Vorgaben .....	1447
II. Budgetierung, Rechtsetzung, Vollzug: Der Projektzyklus .....	1450
III. Rechts- und Finanzkontrolle .....	1457
D. Fazit .....	1459
§ 35 Europäisches Polizei- und Sicherheitsrecht .....	1461
1. Teil: Grundlegungen .....	1465
A. Einleitung: Begriffe, Akteure und Handlungsformen des Europäischen Polizei- und Sicherheitsrechts .....	1465
I. Der Begriff der Sicherheit .....	1465
II. Europäisches Polizei- und Sicherheitsrecht als Materie des Europäischen Verwaltungsrechts .....	1467
III. Rechtsgrundlagen und Handlungsformen europäischer Sicherheitsverwaltung .....	1468
B. Entwicklungslinien des europäischen Polizei- und Sicherheitsrechts .....	1477
I. Erste Ansätze der Institutionalisierung .....	1477
II. Die Entwicklung des Primärrechts .....	1480
III. Interoperabilität, Cybersicherheit und Resilienz als (digitale) Zukunftsthemen .....	1483
2. Teil: Zum gegenwärtigen Stand des europäischen Polizei- und Sicherheitsrechts .....	1486
A. „Vollzugs-“strukturen europäischer Sicherheitsverwaltung: Die europäische Sicherheitsarchitektur .....	1486
I. Grundstruktur: Dezentrale nationale Sicherheitsverwaltung .....	1487
II. Vertikaler Überbau: Unionseigene Sicherheitsverwaltung .....	1487
III. Horizontale, vertikale und diagonale Vernetzung im europäischen Sicherheitsverbund .....	1537
B. Normative Ausgestaltung: Zur Ausdifferenzierung des Europäischen Polizei- und Sicherheitsrechts .....	1544
I. Ausprägungen des Europäischen Polizei- und Sicherheitsrechts im engeren Sinne .....	1544
II. Europäisierung des nationalen Polizei- und Sicherheitsrechts .....	1562
C. Ausblick .....	1564
§ 36 Umweltverwaltungsrecht .....	1567
A. Einleitung .....	1572
B. Historische Entwicklung – eine Erfolgsgeschichte .....	1572
C. Ökologische und ökonomische Hintergründe .....	1574

## Inhaltsverzeichnis

---

D. Europäisches Umweltverwaltungs- und Umweltverfassungsrecht .....	1575
E. Rechtssetzungskompetenzen .....	1577
F. Prinzipien des europäischen Umweltrechts .....	1579
G. Wichtige Regelungsfelder und aktuelle Probleme .....	1581
I. Allgemeines Umweltrecht .....	1581
II. Besonderes Umweltrecht .....	1586
H. Vollzug und Vollzugskontrolle .....	1601
I. Rechtsschutz .....	1603
I. Unterschiedliche Rechtsschutzkonzeptionen in den Mitgliedstaaten .....	1603
II. Notwendigkeit eines einheitlichen Rechtsschutzmodells .....	1603
III. Vorgaben der Aarhus-Konvention .....	1603
IV. Klagerechte der Umweltverbände nach Art. 9 Abs. 2 AK .....	1604
V. Klagerechte nach Art. 9 Abs. 3 AK .....	1605
J. Einwirkungen und Folgen der Globalisierung für das Europäische Umweltrecht .....	1607
K. Defizite und Reformperspektiven .....	1608
I. Problemlösungsschwächen .....	1608
II. Entdemokratisierung .....	1609
III. Freiheitsverkürzung und Symbolismus .....	1610
IV. Komplexität .....	1610
L. Fazit .....	1611
<b>§ 37 Europäisches Agrarverwaltungsrecht .....</b>	<b>1613</b>
A. Grundlegung .....	1615
I. Begriff des europäischen Agrar(verwaltungs)rechts .....	1615
II. Historische Entwicklungslinien in der Gemeinsamen Agrarpolitik .....	1619
B. Ausdifferenzierung des europäischen Agrarverwaltungsrechts .....	1629
I. Wesensmerkmale des europäischen Agrarverwaltungsrechts im Überblick .....	1629
II. Besonderheiten und Rechtsprobleme im Marktordnungsrecht und Agrarstrukturrecht .....	1636
III. Systematisierungen des Agrarwettbewerbsrechts .....	1641
IV. Gemeinsame Vollzugsstrukturen im europäischen Agrarbeihilfenrecht der 1. und 2. Säule .....	1645
C. Globalisierung des Agrarverwaltungsrechts .....	1655
I. Internationale Agrarverwaltungsorganisationen .....	1655
II. Internationale Agrarrechtsetzung .....	1657
III. Rechtswirkungen des Agrarwirtschaftsvölkerrechts für das europäische Agrarverwaltungsrecht .....	1658
D. Ausblick .....	1661

---

§ 38 Europäisches Wissenschaftsverwaltungsrecht .....	1669
A. Wissenschaftsrecht als Referenzgebiet des europäischen Verwaltungsrechts .....	1671
B. Unionsrechtliche Rahmenbedingungen des Wissenschaftsverwaltungsrechts .....	1672
I. Kompetenzstrukturen im Primärrecht .....	1672
II. Grundrechtliche Rahmenbedingungen für das Wissenschaftsverwaltungsrecht .....	1673
III. Wissenschaftsadäquanz als Maßstab für das Wissenschaftsverwaltungsrecht ...	1673
C. Programme als komplexe Handlungsform der Union im Wissenschaftsverwaltungsrecht .....	1674
I. Grundstrukturen .....	1674
II. Vollzugsstrukturen im Wissenschaftsverwaltungsrecht .....	1678
D. Wissenschaftsverwaltungsrecht außerhalb der Programme .....	1691
I. Wissenschaftsverwaltungsrecht als Strukturschaffungsrecht .....	1691
II. Wissenschaftsverwaltungsrecht als Standardsetzung durch unverbindliche Rechtsakte .....	1692
III. Wissenschaftsverwaltungsrecht als besonderes Binnenmarktrecht .....	1693
E. Stand und Perspektiven eines europäischen Wissenschaftsverwaltungsrechts .....	1694
§ 39 Europäisches Dienstrecht .....	1695
A. Einleitung .....	1695
B. Entwicklungslinien und Hintergründe .....	1696
I. Anfänge des europäischen öffentlichen Dienstes .....	1697
II. Reformbemühungen .....	1697
C. Strukturfragen .....	1699
I. Qualitätsanforderungen .....	1699
II. Laufbahnen und Besoldungsgruppen .....	1700
III. Unterschiedliche Rollen und Konfliktlinien .....	1701
D. Rechte der Beamten .....	1702
I. Ernennung, Lebenszeitstellung, Arbeitszeit .....	1702
II. Besoldung und Versorgung .....	1703
III. Weichenstellungen im Karriereverlauf .....	1704
IV. Fürsorge .....	1706
V. Sonstige soziale Rechte .....	1707
VI. Kollektive Interessenvertretung .....	1708
VII. Grundrechte .....	1709
E. Pflichten .....	1709
I. Rechtsbindung und Weisungsunterworfenheit .....	1709
II. Loyalitätspflicht .....	1710

## Inhaltsverzeichnis

---

III. Unparteilichkeit .....	1711
IV. Mäßigung und Meinungsfreiheit .....	1711
V. Position des „whistleblower“ .....	1712
VI. Sonstige Verpflichtungen und Belastungen .....	1713
VII. Sanktionen, Disziplinarrecht, Ausscheiden aus dem Dienst .....	1713
F. Rechtsschutz .....	1714
G. Resümee und Ausblick .....	1715
I. Dogmatische Struktur .....	1715
II. Konfligierende Gesichtspunkte .....	1716
III. Perspektiven .....	1718
<b>§ 40 Europäisches Haftungsrecht .....</b>	<b>1721</b>
A. Begriff und Funktion .....	1724
B. Die Haftung der Europäischen Union .....	1730
I. Überblick .....	1730
II. Vertragliche Haftung, Art. 340 Abs. 1 AEUV .....	1730
III. Außervertragliche Haftung, Art. 340 Abs. 2 AEUV .....	1733
IV. Private Haftung der Bediensteten, Art. 340 Abs. 4 AEUV .....	1753
V. Haftung als Dienstherr .....	1754
VI. Völkerrechtliche Haftung .....	1754
C. Die mitgliedstaatliche Staatshaftung .....	1756
I. Überblick .....	1756
II. Haftungsgrundlage .....	1756
III. Materielle Haftungsvoraussetzungen .....	1758
IV. Nationaler Haftungsrahmen .....	1764
V. Abgrenzung zur unionsrechtlichen Haftung .....	1767
D. Ausblick .....	1769

### 3. Teil:

#### Globalisierung des Verwaltungsrechts der Europäischen Union

<b>§ 41 Internationale Dimensionen des Verwaltungsrechts der Europäischen Union .....</b>	<b>1773</b>
A. Einleitung .....	1776
B. Vielzahl der Dimensionen .....	1777
I. Komparative Anlage des europäischen Verwaltungsrechts .....	1777
II. Verwaltungsrecht der EU und internationales Recht .....	1778
III. Internationales Kooperationsverwaltungsrecht .....	1778
IV. Die Europäische Union als internationaler (Verwaltungs-)Akteur .....	1778

---

V. Internationale Dimensionen als Herausforderungen des Verwaltungsverbundes .....	1779
C. Rahmen des EU-Verfassungsrechts .....	1779
I. Grundsätzliches zum Verhältnis von Unionsrecht und Internationalem Recht .....	1779
II. Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit .....	1780
III. Grenzen der Inkorporation des Internationalen Rechts .....	1781
D. Einflüsse des Internationalen Rechts auf das europäische Verwaltungsrecht .....	1783
I. Die EU und internationale Organisationen .....	1783
II. Die EU als Partner internationaler Verträge .....	1783
III. Internationalisierung der Referenzgebiete des europäischen Verwaltungsrechts .....	1784
IV. Agencification und internationale Verfahrensstandards .....	1785
V. Internationales Recht als Ausweichordnung? .....	1785
E. Ausstrahlungswirkung des Unionsrechts auf die internationale Ebene .....	1786
I. Europäisches Verwaltungsrecht und Internationales Verwaltungsrecht .....	1786
II. Verwaltungsrechtliche Standards in internationalen Abkommen .....	1786
III. Ausstrahlung des EU-Verwaltungsrechts .....	1786
F. Künftige Forschungsfelder .....	1787
G. Fazit .....	1788
<b>§ 42 Europäisches Verwaltungsrecht und Völkerrecht .....</b>	<b>1789</b>
A. Ausgangspunkt: Internationalisierung des europäischen Verwaltungsrechts .....	1790
B. Diskussionsstand .....	1791
I. Unionsrechtliche Vorgaben .....	1791
II. Besondere Bestimmungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ....	1800
C. Europäisches Verwaltungsrecht und völkerrechtliche Ausdifferenzierung .....	1800
I. Europäisches Verwaltungsrecht und Menschenrechte/humanitäres Völkerrecht .....	1801
II. Europäisches Verwaltungsrecht und Umweltvölkerrecht .....	1808
III. Europäisches Verwaltungsrecht und Sicherheitsvölkerrecht .....	1811
IV. Europäisches Verwaltungsrecht und transnationales Finanzaufsichtsrecht .....	1813
D. Perspektiven .....	1816
I. Von der Normenhierarchie zum polyzentrischen Kollisionsrecht .....	1817
II. Von der Spruchkörperhierarchie zur Netzwerklogik .....	1821
<b>§ 43 Europäisches Verwaltungsrecht und WTO-Recht .....</b>	<b>1825</b>
A. Einführung .....	1826
B. Die „offene“ europäische Wirtschaftsverfassung .....	1827

## Inhaltsverzeichnis

---

C. „Internationale Wirtschaftsverfassung“ oder „wirtschaftspolitischer internationaler Ordnungsrahmen“? .....	1829
D. Bindung der EU und ihrer Mitgliedstaaten an die WTO-Rechtsordnung .....	1832
E. Materiellrechtliche Verpflichtungen der Welthandelsordnung, Ausnahmereiche und Rechtfertigungsmöglichkeiten .....	1834
I. Zur Zielsetzung und Auslegung der WTO-Abkommen .....	1834
II. Die Verpflichtung der WTO-Mitglieder auf Nichtdiskriminierung, Verbot nichttarifärer Beschränkungen und Transparenz .....	1836
III. Ausnahmereiche und Rechtfertigungsmöglichkeiten .....	1837
F. Frage der unmittelbaren Anwendbarkeit des Welthandelsrechts .....	1838
G. WTO-rechtskonforme Auslegung des Unionsrechts .....	1840
<b>§ 44 Europäisches Verwaltungsrecht und Internationales Verwaltungsrecht .....</b>	<b>1843</b>
A. Einleitung .....	1845
B. Internationales Verwaltungsrecht: Rechtsgebiet oder Forschungsprojekt? .....	1846
I. Orte der Diskussionsentwicklung: Europa und die USA .....	1846
II. IVR aus der Perspektive der Rechtswissenschaft .....	1847
C. Internationales Verwaltungsrecht als Verknüpfung von Unionsverwaltungsrecht und Völkerrecht .....	1851
I. Administrative Netzwerke und Ausschüsse: international und europäisch .....	1851
II. Der Begriff der Accountability .....	1853
III. Rechtsschutz in gestuften Verwaltungsstrukturen .....	1854
D. IVR als Vergleichskonzept zwischen Unionsverwaltungsrecht und US-Verwaltungsrecht .....	1855
I. Administrative Normbindung und Judicial Review .....	1857
II. Verfahrensregeln für executive rule-making und Komitologie .....	1857
E. Ausblick .....	1858
<b>Allgemeine Literaturlauswahl .....</b>	<b>1859</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>1887</b>

## Bearbeiterverzeichnis

<i>Prof. Dr. Andreas von Arnould,</i> Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	§ 2
<i>Prof. Dr. Dr. Ino Augsberg,</i> Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	§ 4
<i>Prof. Dr. Steffen Augsberg,</i> Justus-Liebig-Universität Gießen	§ 6
<i>Alexander Benecke,</i> Goethe-Universität Frankfurt am Main	§ 23
<i>Dr. Fabian Blandfort,</i> Universität des Saarlandes	§ 30
<i>Prof. Dr. Roland Broemel,</i> Goethe-Universität Frankfurt am Main	§ 21
<i>Prof. Dr. Marc Bungenberg, LL.M. (Lausanne),</i> Universität des Saarlandes	§§ 19, 29, 30, 43
<i>Evin Dalkilic,</i> Leuphana Universität Lüneburg	§ 27
<i>Prof. Dr. Philipp Dann, LL.M. (Harvard),</i> Humboldt-Universität zu Berlin	§ 34
<i>Prof. Dr. Michael Droege,</i> Eberhard Karls Universität Tübingen	§ 26
<i>Prof. Dr. Michael Fehling, LL.M. (Berkeley),</i> Bucerius Law School, Hamburg	§ 10
<i>Prof. Dr. Jörg Gundel,</i> Universität Bayreuth	§ 20
<i>Prof. Dr. Ines Härtel,</i> Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)	§ 37
<i>Prof. Dr. Hans Michael Heinig,</i> Georg-August-Universität Göttingen	§ 31
<i>Prof. Dr. Christoph Herrmann, LL.M. (London),</i> Universität Passau	§ 28
<i>Prof. Dr. Wolfgang Hoffmann-Riem, LL.M. (Berkeley),</i> Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D., Bucerius Law School, Hamburg	§ 3
<i>Dr. Johan Horst,</i> Universität Bremen	§ 42
<i>Dagmar Jantos,</i> Universität Bielefeld	§ 8
<i>Prof. Dr. Heike Jochum,</i> München	§ 27
<i>Prof. Dr. Gregor Kirchhof, LL.M. (Indiana/London),</i> Universität Augsburg	§ 13



## Bearbeiterverzeichnis

---

<i>Dr. Stefan Martini,</i> Christian-Albrechts-Universität zu Kiel	§ 2
<i>Prof. Dr. Franz C. Mayer, LL.M. (Yale),</i> Universität Bielefeld	§§ 8, 22
<i>Prof. Dr. Veith Mehde, Mag. rer. publ.,</i> Leibniz Universität Hannover	§ 39
<i>Prof. Dr. Christoph Möllers, LL.M. (Chicago),</i> Humboldt-Universität zu Berlin	§ 44
<i>Prof. Dr. Laura Münkler,</i> Universität Greifswald	§ 32
<i>Prof. Dr. Carsten Nowak,</i> Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)	§§ 11, 12
<i>Prof. Dr. Christoph Ohler, LL.M. (Brügge),</i> Friedrich-Schiller-Universität Jena	§ 9
<i>Prof. Dr. Arne Pilniok,</i> Universität Hamburg	§ 38
<i>Prof. Dr. Franz Reimer,</i> Justus-Liebig-Universität Gießen	§ 16
<i>Prof. Dr. Moritz Renner,</i> Universität Mannheim	§ 42
<i>Prof. Dr. Jens-Peter Schneider,</i> Albert-Ludwigs-Universität Freiburg	§ 24
<i>Prof. Dr. Bettina Schöndorf-Haubold,</i> Justus-Liebig-Universität Gießen	§ 35
<i>Prof. Dr. Indra Spiecker genannt Döhmann, LL.M. (Georgetown),</i> Goethe-Universität Frankfurt am Main	§ 23
<i>Daniel Steiner,</i> Universität Bielefeld	§ 22
<i>Dr. Peter Szczekalla,</i> Deutscher Landkreistag, Berlin	§ 5
<i>Prof. Dr. Jörg Philipp Terbechte,</i> Leuphana Universität Lüneburg/University of Glasgow	§§ 1, 7, 14, 27, 41, 44
<i>Prof. Dr. Alexander Thiele,</i> BSP Business & Law School, Berlin	§§ 25, 40
<i>Prof. Dr. Daniel Thym, LL.M. (London),</i> Universität Konstanz	§ 15
<i>PD Dr. Timo Tobidipur,</i> Goethe-Universität Frankfurt am Main	§ 33
<i>Prof. Dr. Bernhard W. Wegener, M.A.,</i> Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	§ 36
<i>Prof. Dr. Wolfgang Weiß,</i> Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer	§ 18
<i>Prof. Dr. Ferdinand Wollenschläger,</i> Universität Augsburg	§ 17